

Wesen und Ziele der nationalen Bewegung

Autor(en): **Tobler, Robert**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **13 (1933-1934)**

Heft 4-5

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-157700>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wesen und Ziele der nationalen Bewegung.

Von Robert Tobler, Zürich.

I. Einleitung.

Der Ausbruch der nationalen Bewegung im Frühjahr 1933 hat eine ganze Reihe von neuen oder in der Öffentlichkeit zuvor noch wenig bekannten politischen Gruppen auf den Plan gerufen. Neben älteren Organisationen (Ordre et Tradition, Schweizerischer Vaterländischer Verband, Guardia Luigi Rossi, Schweizer Heimatwehr) finden sich ausgesprochene Konjunkturgründungen (Bund für Volk und Heimat), neben sogenannten überparteilichen Gebilden (Eidgenössische Front, Neue Schweiz), politische Kampforganisationen (Union Nationale, Ordre politique national, Neue und Nationale Front), Gruppen mit rein geistigen oder wirtschaftspolitischen Zielen (Aufgebot, Ostschweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Errichtung einer berufsständischen Ordnung), konfessionelle Verbände (Katholische Front) und Berufsverbände (Union romande des Corporations). Die Zahl der Organisationen überrascht und verwirrt zunächst. Doch war diese Entwicklung unvermeidlich. Ja sie bietet geradezu den lebendigen Beweis für die Ursprünglichkeit und Notwendigkeit der neuen Bewegung. Solange es an einer umfassenden und weithin sichtbaren Organisation fehlte, der sich jedermann anschließen konnte, war es ganz natürlich, daß zahlreiche mehr oder weniger gleichgerichtete Körperschaften nebeneinander entstehen mußten. Ferner haben die ausgeprägte kulturelle, konfessionelle und regionale Gliederung der Schweiz, wie die Mannigfaltigkeit der Gesichtspunkte, die in den neuen Gruppen zum Ausdruck kommen, die zahlreichen Gründungen nicht nur gefördert, sondern geradezu erfordert.

Das bunte Nebeneinander verschiedener Gruppen ist das Kennzeichen der Ausgangssituation einer urtümlichen Bewegung, die das Volk in seiner ganzen Mannigfaltigkeit ergriffen hat. Aber dabei wird es nicht bleiben. Ja es kann gar nicht so bleiben, wenn aus den einzelnen mobilisierten Gruppen eine politisch schlagfähige Truppe, ein marschierendes Heer werden soll. Die Bewegung selbst drängt zum Zusammenschluß, zur einheitlichen Führung. Darauf weist die im Mai 1933 erfolgte Vereinigung der „Neuen Front“ mit der „Nationalen Front“, die heute unter dem Namen „Nationale Front“ eine geschlossene Organisation darstellen, in der lediglich aus taktischen Gründen die Ortsgruppen der „Neuen Front“ in der Nordostschweiz (Kt. Schaffhausen und angrenzende Gebiete) ihren ursprünglichen Namen, unter dem sie bekannt geworden waren, noch weiter-

führen. Ob und wann weitere Zusammenschlüsse zu erwarten sind, ist noch ungewiß. Es hängt dies wesentlich von der Geistesrichtung und Haltung der einzelnen Gruppen ab, die sich nach sehr verschiedenen Richtungen entwickeln, revolutionär die einen, reaktionär die andern. Bedeutungsvoller ist zur Zeit die Tatsache, daß die stärkeren Organisationen die schwächeren zu verdrängen beginnen. Ihre starke Aktivität vermag nicht nur die Massen der Unbeteiligten, sondern auch absplittende Gruppen anderer Vereinigungen an sich zu ziehen, wie dies in der jüngsten Zeit gerade bei der „Nationalen Front“ besonders auffällig war.

Für die künftige Entwicklung wird indessen die gegenwärtige zahlenmäßige Stärke der einzelnen Gruppen nicht den Ausschlag geben, so wichtig sie auch ist. Entscheidend sind vielmehr die innere Haltung, der Kampfwille, die Schlagkraft und nicht zuletzt der Umstand, welche der einzelnen Gruppen Sinn und Aufgabe der neuen Bewegung am reinsten verkörpert. Es ist kein Zufall, daß man in der Presse kurzweg von den Fronten und der Frontenbewegung spricht. Nur die eigentlichen Fronten und nicht die vielen andern Bünde und Gruppen konnten der Bewegung Namen und Gepräge geben, weil sie allein kompromißlos nur das Neue waren. Sie allein werden die Bewegung auch zum Ziele führen.

Wer die einzelnen Gruppen der politischen Erneuerung in den letzten Monaten genau beobachtet hat, kann über diesen Ausgang nicht im Zweifel sein. Überparteiliche Bünde, geistige Zirkel, wirtschaftspolitische Arbeitsgruppen, sie alle werden zwar an dem neuen Werk ihren Anteil haben; die entscheidende Tat aber vollzieht erst die politische Macht. Diese Macht jedoch ist den überparteilichen Gebilden verschlossen. Bedenkt man, daß in den überparteilichen Bündeln Männer in hervorragender Weise wirken, die gleichzeitig auch in den bürgerlichen Parteien wichtige Ämter versehen — wir denken beispielsweise an Nationalrat Joß, der in der Bernischen Bauernpartei und dem Bunde „Neue Schweiz“ eine führende Rolle spielt, oder an Nationalrat Rochat, Kaspar Jenny u. a., die gleichzeitig dem Freisinn und dem sich auch antiliberal gebärdenden „Bund für Volk und Heimat“ angehören —, so kann die politische Schwäche solcher Gebilde nicht verborgen bleiben. Sie werden, dank ihrer guten Verbindungen, wohl einzelne gute politische Geschäfte machen; durch diese sind sie aber auch von der politischen Neugestaltung, die sich immer gegen die herrschenden Mächte richten muß, ausgeschlossen. Durchgreifendes politisches Handeln ist nur einer einheitlichen und in sich gefestigten Körperschaft möglich. Untersucht man die politischen Zukunftsaussichten der neuentstandenen Verbände unter diesem Gesichtspunkt; so scheiden fast die meisten aus der Reihe jener, von denen eine durchgreifende und erfolgreiche Neugestaltung zu erwarten ist, zum vornherein aus. Das gilt vor allem für zwei großangelegte Organisationen: für den kapitalkräftigen „Bund für Volk und Heimat“ und die „Neue Schweiz“, welche letztere in den Kreisen des Handels- und Ge-

werbestand ein politisches Kräfte-reservoir besitzt, das man ganz anders ausnützen könnte. Andern Verbänden, beispielsweise der „Schweizer Heimatwehr“, fehlt die innere Spannkraft, um eine wirklich große Volksbewegung zu entfesseln. Der „Bund nationalsozialistischer Eidgenossen“ krankt heute daran, daß er, schon wegen der Wahl seines Namens und seiner Symbole, insbesondere des Hakenkreuz, das heute ein deutsches Hoheitszeichen ist, nie ein wahrhaft eidgenössischer Bund werden kann. Und die „Eidgenössische Front“ endlich hat sich soeben dem „Bund für Volk und Heimat“ in die Arme geworfen. So scheidet auch sie aus der Reihe und es bleibt nur eine einzige Organisation, die ungehindert durch irgendwelche Fesseln, rückhaltlos vom Willen zum politischen Handeln beseelt und auch in der Lage ist, ihre Pläne durch Kampf zur Tat werden zu lassen: die „Nationale Front“ mit den ihr heute angeschlossenen Organisationen der „Neuen Front“.

Dies ist nicht nur der Glaube ihrer Anhänger. So urteilen auch ihre Gegner. Die antifaschistisch-kommunistische „Information“ kommt im Juli-Heft 1933 zu ähnlichen Schlüssen. Und aus dem Trommelfeuer der Verleumdungen und Zeitungsangriffe, die heute von Links und Rechts über die „Nationale Front“ niederprasseln, wie aus den großangelegten und teilweise gewaltsamen Aktionen ihrer Gegner zeigt sich deutlich, wo diese die wirkliche Gefahr für ihre Macht sehen. Wir erinnern hier nur an die anfangs Juli 1933 erfolgte Sprengung einer Versammlung der „Nationalen Front“ in Luzern durch hunderte von Freisinnigen, die unter der Führung bekannter Persönlichkeiten, ohne die erforderlichen Zutrittskarten zu besitzen (unter Mithilfe der Polizei), gewaltsam in den Saal eindringen, wie die zahlreichen Antifrontversammlungen und Kundgebungen anderer Parteien, vor allem der Sozialdemokratie.

Die neue Bewegung findet heute in der „Nationalen Front“ ihren stärksten und für die künftige Entwicklung entscheidenden Ausdruck. In keiner andern Gruppe sind die neuen Gedanken mit gleicher Schärfe und Unerbittlichkeit formuliert und verfochten worden. Darum soll auch hier das Bild der neuen Bewegung nicht in einer Übersicht über die verschiedenen Gruppen und ihre Bestrebungen mosaikartig zusammengefügt, sondern also gezeichnet werden, wie es heute in der „Nationalen Front“ lebendig ist¹⁾.

II. Nationales und internationales Geschehen.

Die politischen Erneuerungsbestrebungen in der Schweiz können nur im Zusammenhang der geistigen und politischen Entwicklung Europas richtig gewürdigt werden. Die nationale Bewegung geht heute durch das ganze Abendland. Im Faschismus kam sie zuerst zum Durchbruch. Dort fand sie

¹⁾ Aufschlußreiche Zusammenstellungen der Programme der verschiedenen Bewegungen finden sich in der „Neuen Schweizer Rundschau“ im Juni-Heft 1933 und in der „Schweizerischen Rundschau“ im Juli-Heft 1933.

ihre italienische, im Nationalsozialismus später ihre deutsche Form. In andern Ländern wird heute noch um die Gestaltung der neuen Gedanken gerungen. Das gilt nicht nur für den noch wenig gefestigten europäischen Osten (Lappobewegung in Finnland u. a.), sondern ebenso für den konservativen Westen. Es sei hier nur an die von Sir Oswald Mosley geführte „New Party“ in England oder an die „Action Française“ und an die sogenannten „faschistischen Strömungen“ innerhalb der französischen Linksparteien erinnert, die auf einem Parteikongreß im Juli 1933 erstmals weithin sichtbar zum Ausdruck kamen. Alle diese Bewegungen stehen wohl miteinander in einem geistigen, keineswegs aber in einem organisatorischen Zusammenhang. Es handelt sich somit nicht um planmäßige, von einer Zentrale geleitete politische Neugründungen und Aktionen, wie wir sie etwa in der von Moskau aus geförderten dritten kommunistischen Internationale kennen. Die einzelnen Bewegungen, vor allem auch die schweizerische, sind durchaus ursprünglich und voneinander unabhängig. In ganz entscheidenden Punkten, beispielsweise in der Frage der Staatsform, gibt es zwischen ihnen tiefgreifende Unterschiede. Da die verschiedenen Bewegungen aber unter ähnlichen Lebensverhältnissen und sehr oft auch aus der gleichen geistigen Not heraus entstanden sind, treffen sie sich, trotz der offensichtlichen Verschiedenheiten, alle in einem letzten, tiefgründigen Ziel: dem entwurzelten Einzelmenschen und seinem Dasein in der Volksgemeinschaft einen neuen Sinn und Inhalt zu geben.

Alle entscheidenden Neu- und Umgestaltungen unseres Staatswesens geschahen im Zusammenhange mit europäischen Bewegungen, die nicht nur die Politik, sondern alle Lebensbereiche ergriffen haben. Das galt für Reformation und Gegenreformation, für die aristokratisch-absolutistische Herrschaft im 18. Jahrhundert, für die Umwälzungen von 1798, 1815, 1830 und 1848, wie für die Gegenwart. Liberalismus und Marxismus sind im letzten Jahrhundert nicht nur in der Schweiz, sondern überall groß geworden, weil diese Ideen den damaligen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen entsprachen. Seit dem Weltkriege jedoch haben sich die Grundlagen, auf denen die bisher herrschenden politischen Systeme errichtet wurden, zu tiefst verändert. Eine umfassende Neugestaltung ist unumgänglich geworden. Sie wird heute überall, nicht nur in der Schweiz, versucht. Die nationalen Bewegungen stehen gegen die internationalen Mächte des Liberalismus und Marxismus auf. Ihre Träger und Führer sind sich aber nicht nur ihrer Verantwortung gegenüber ihrem Volke bewußt. Sie wissen auch, daß sie damit gleichzeitig eine größere, europäische Aufgabe miterfüllen. Gerade daraus schöpfen sie Kraft und Zielsicherheit. Sie wissen, daß die Bewegung allen Widerständen zum Trotz zum Durchbruch kommen muß, weil sie unvermeidlich und notwendig ist.

Man müßte blind sein, wollte man den tiefen innern Zusammenhang

leugnen, der die nationalen Bewegungen der verschiedenen Länder miteinander verbindet. Es zeugt aber für spießbürgerliche Beschränktheit und Borniertheit, wenn man unter Zuhilfenahme bewußter Lügen der neuerwachten Bewegung daraus einen Vorwurf machen will, wie es fast in der ganzen bürgerlichen und marxistischen Presse unseres Landes geschah. Man hat die Anhänger der nationalen Bewegung „Hitlerbuben“ gescholten und ihr Werk eine eitle Nachäfferei ausländischer Vorbilder genannt. Ja in der marxistischen Presse tauchte sogar die Frage auf, wieviele Millionen die N. S. D. A. B. wohl den schweizerischen Fronten schon habe zukommen lassen. Und selbst die „Basler Nationalzeitung“ und „Zürcher Volkszeitung“ faselten allen Ernstes von nachgewiesenen Beziehungen der Führer der „Nationalen Front“ zur Regierung eines unserer Nachbarländer. Es braucht wohl hier nicht länger darauf hingewiesen zu werden, daß solche Beziehungen nicht bestehen und daß speziell die „Nationale Front“ nie einen Kappen ausländischen Geldes angenommen hat und nie annehmen würde, wenn ihr solches angeboten würde. Landesverräter und Käuflichkeit gibt es in ihren Reihen nicht!

Und erst um eine Nachäffung ausländischer Vorbilder war es der „Nationalen Front“ nie zu tun. Die Geschichte lehrt uns nicht allein, daß nachhaltige Umgestaltungen in der Schweiz sich nur im größeren Zusammenhange europäischer Umwälzungen ereignet haben, sondern sie lehrt uns auch, daß das neue Werk jeweils nur dann Bestand hatte, wenn es vom eigenen Volke getragen und aus seiner Kraft, in seinem Geiste geschaffen worden war, kurz, wenn die Bewegung ihre eigene schweizerische Form fand. Der helvetische Staat von 1798 und die nachfolgende Mediationsverfassung (1803) sind uns aufgedrängt worden. Sie waren das Werk der französischen Eroberer und brachen mit ihrer Macht zusammen. Die späteren liberalen Staatschöpfungen dagegen, die Regenerationsbewegung von 1830 und der Bundesstaat von 1848, waren von eigenen, bodenständigen Kräften getragen. Und deshalb hatte das Werk für ein Jahrhundert Bestand. Die gegenwärtige nationale Erneuerungsbewegung wird daher vor allem darnach trachten müssen, ihre eigene, der Geschichte und Eigenart unseres Volkes entsprechende schweizerische Form zu finden. Das gilt nicht nur für Inhalt und Aufbau der Bewegung, die niemals eine zentralistisch-diktatorische sein darf und mit den föderalistisch-demokratischen, oder um ein anderes Wort zu gebrauchen, ständisch-volksstaatlichen Grundlagen der Schweiz rechnen muß, sondern auch für ihre äußeren Formen und Symbole. Evviva und Heilrufe hätten nie Widerhall in der Volksseele gefunden, wohl aber der alte Kampfruf „Harus“. Eine S. A.-Truppe hätte sich nie so leicht durchgesetzt wie der urtümliche „Harst“ und endlich war es für die „Nationale Front“ von Anfang an selbstverständlich, daß sich die nationale Erneuerung nie unter fremden Symbolen, nie unter dem Hakenkreuz oder Vittorenbündel vollziehen könne, sondern nur in dem einen Zeichen, das seit sechs Jahrhunderten

unser Volk eint und in alle Zukunft einen soll: unter dem alteidgenössischen Schweizer-Kreuz.

III. Vom Ungenügen der Parteien und der werdenden Front.

Die nationale Revolution in Deutschland brachte im Frühjahr 1933 der nationalen Bewegung in der Schweiz einen unverkennbaren mächtigen Auftrieb. Eine oberflächliche Kritik will darum der nationalen Bewegung in unserem Lande jegliche Eigenständigkeit absprechen. Diese Kritik übersieht jedoch vollständig daß die schweizerische Bewegung schon da war, ehe irgend jemand mit der Machtergreifung Hitlers in Deutschland rechnete. Sie übersieht, daß der Boden längst vorbereitet war und daß nunmehr „in heller Flamme aufbrach, was seit Jahren im Volke heimlich gemottet hatte“ (Dehler). Ohne dies wäre der mächtige Einbruch der nationalen Bewegung in die Stellungen der alten Parteien gar nicht möglich gewesen. Seit einem Jahrzehnt gab es in unserem Lande eine immer deutlicher sichtbare Luft zwischen Volk und Parteien. In verschiedenen Volksabstimmungen wurden bedeutsame Werke der Parteipolitik verworfen, für die ihre Urheber jahrelang geworben und ihre Kräfte eingesetzt hatten. Man erinnere sich des Schicksals der Alters- und Hinterbliebenenversicherung, die am 6. Dezember 1931 mit 511,000 Nein gegen 339,000 Ja verworfen wurde, oder an das Zonenabkommen mit Frankreich, das am 18. Februar 1923 mit 410,000 Nein gegen 92,000 Ja abgelehnt wurde. Bundesrat und Parteien empfahlen diese Vorlagen fast einmütig zur Annahme. Das Volk aber versagte seinen sogenannten Führern die Gefolgschaft. Die Beispiele ließen sich leicht mehren. Träger der Politik waren wohl die Parteien, die Parteien aber waren nicht das Volk. Zwei riesige Gewaltthausen stunden abseits: die Parteilosen, die nach und nach zur stärksten Gruppe im Lande geworden waren, weil keine der herrschenden Parteien sie an sich zu ziehen vermochte und vor allem die junge Generation. Die Jugend, die im Weltkriege und seither politisch mündig wurde, setzte wohl gerne in Arbeitslagern, auf Sportplätzen und tausend andern Orten ihre Kräfte ein, doch sie mied Parteiversammlungen. Es war eine billige Ausrede, wenn in den Parteiblättern die Schuld an diesem Zustande einzig dem „Sportwahn“, einer angeblichen Genußsucht und Verantwortungslosigkeit der Jungen zugeschoben wurde. Die jüngsten Ereignisse haben gezeigt, daß die Politik an Anziehungskraft nicht verloren hat. Doch die Formen der alten Parteipolitik entsprachen dem Wesen der jungen Generationen nicht mehr. Sie haben ihr nichts mehr zu bieten. Darum blieb die Jugend den alten Parteien trotz allen Lockrufen fern.

Das politische Leben stagnierte. Weite Kreise hatten sich von der Politik zurückgezogen. So verging nach dem Weltkriege mehr als ein Jahrzehnt scheinbarer Ruhe. Auf die Dauer war dies ein unhaltbarer Zustand. Gegen Ende des zweiten Jahrzehnts folgten die ersten Versuche zu einer neuen Zielsetzung. Hier verdient vor allem Carl Horber's Buch „Schweize-

rische Politik" (Bopp & Co., Zürich, 1928) genannt zu werden. Es kam zu früh und fand daher nur wenig Widerhall. Es brachte uns wohl wertvolle Anregungen; an eine grundlegende Neugestaltung unseres Staatswesens aber dachte sein Verfasser noch nicht. Ähnliches ist von der Kritik zu sagen, die seither in den bestehenden Parteien und vor allem in ihren Jugendorganisationen wach geworden ist. In den allermeisten Fällen wagte man den entscheidenden und heute so dringlichen Schritt nicht, einmal die eigenen unantastbaren Grundlagen des Parteidogmas selbst in Frage zu stellen. Man diskutierte über die Herabsetzung der Zahl der Nationalräte, ohne den Parlamentarismus grundsätzlich anzugreifen. So blieben anfänglich hoffnungsvolle Gründungen, wie die „Liberale Jugend der Schweiz“, in Halbheiten stecken. Andere, parteipolitisch unabhängige Vereinigungen, kamen trotz allen guten Vorsätzen nie über die akademischen Erörterungen hinaus (Neue Helvetische Gesellschaft) und wieder andere stunden zwar grollend beiseite und machten ihrem Unmute durch heftige Angriffe Luft, fanden aber die notwendige Distanz vom Alltag und die innere Spannkraft zur Neugestaltung nicht (Schweizer Heimatwehr). Verhältnismäßig spät erst setzte sich die Erkenntnis durch, daß Teilreformen unmöglich mehr genügen können und daß eine Neubelebung der schweizerischen Politik und eine Neugestaltung unseres Staatswesens nur vermittelt einer neuen geistigen Grundlegung und neuer zeitgemäßer Organisationen möglich sei. Die junge Generation tat den ersten Schritt in dieser Richtung. Sie allein konnte ihn tun, da sie durch ihre Jugenderlebnisse, den Krieg und die nachfolgenden Krisen aufgewühlt und den politischen Lehren ihrer Väter nicht mehr verpflichtet war. „Eine neue Front ist im Werden. Unsere Politiker wagen sie noch kaum zu ahnen. Ihre Trabanten, die Parteiblätter, können sie weder fassen noch verstehen. Sie kann in den bekannten Gegensatz rechts-links nicht eingeordnet werden. Sie steht senkrecht zu diesem und durchschneidet ihn auf der ganzen Länge.“ Mit diesen Worten hat der Verfasser dieses Aufsatzes im Juli 1930 in den „Schweizer Monatsheften“ die Richtung der neu aufbrechenden Strömung umschrieben. Der Gedanke, die Front, war da und hat kurz darauf auch durch die Gründungen der „Nationalen Front“ und der heute mit ihr vereinten „Neuen Front“ seinen ersten organisatorischen Ausdruck gefunden. Seither sind drei Jahre ins Land gegangen. Es waren Jahre der geistigen Vorbereitung und innern Klärung. Not hatte indessen den Boden gelockert. Im Frühling 1933 erfolgte der erste breite Einbruch in die Massen. Die Saat brach auf, weil ihre Zeit gekommen war.

IV. Innere Beweggründe.

Wir haben vorerst die äußern Gründe, vor allem die unfruchtbare Politik der alten Parteien kurz gekennzeichnet, die eine neue Bewegung

notwendig machten. Welches aber waren — und das ist wohl das wichtigere — die innern Beweggründe, die heute die neue Bewegung tragen?

Was an der nationalen Bewegung zunächst auffällt, das ist die Fülle der Beweggründe, die in ihr zusammenströmen; im Gegensatz zu den politischen Neugründungen der letzten Jahrzehnte. Es geht nicht nur um die Wahrung bestimmter Standesinteressen, wie seinerzeit bei der Gründung besonderer Bauern- oder Gewerkeparteien. Es handelt sich nicht einfach um eine Radikalisierung des Dogmas und der Taktik, wie dies für die Trennung der Kommunisten von den Sozialdemokraten entscheidend war. Es sind nicht nur wirtschaftliche oder nur politische oder nur kulturelle Forderungen, die von der neuen Bewegung erhoben werden. Nein, sie ergreift alle Lebensgebiete, den ganzen Menschen, gleichgültig, welchem Stande er angehöre, gleichgültig, ob er in erster Linie der Wirtschaft, der Kirche, der Wissenschaft oder dem Staate diene. Würde man eine Umfrage veranstalten und die Anhänger der nationalen Bewegung fragen, was sie in erster Linie zu ihrer Stellungnahme veranlaßt habe, so bekäme man wohl die aller verschiedensten Antworten. Wirtschaftliche Bedrängnis, Arbeitslosigkeit, Ausbeutung, der Niedergang des Mittelstandes, Konkurrenzdruck, Streikterror, politische Enttäuschungen, der Unwille über Bonzen-, Geld-, Partei- und Presseherrschaft, kulturelle Nöte, der Protest gegen einen übersteigerten Materialismus, Geld- und Vernunftsglauben (Gottlosenbewegung), gegen Mechanisierung und Rationalisierung, gegen geistige und völkische Überfremdung (Judenfrage), und endlich der Widerstand gegen die fast unangreifbare und unsichtbare Macht der Geheimbünde (Freimaurerei) spielen eine bedeutende Rolle. Die Fülle der Gesichtspunkte, die hier nicht erschöpfend aufgezählt werden können, überrascht. Sie verführt den Kritiker leicht dazu, der Bewegung Unklarheit vorzuwerfen. Gewiß: einzelne Postulate, die heute von den Mitläufern der Bewegung in diese hineingetragen werden, widersprechen den Wünschen anderer. Es wird dereinst Sache der Führung sein, zu entscheiden, was verwirklicht werden soll und verwirklicht werden kann. Da wird sie sich beweisen müssen. Wer die Volksgemeinschaft will, wird die teilweise recht hochgespannten Begehren einzelner Gruppen und Klassen nie voll befriedigen können, und statt dessen von allen Opfer und Beschränkungen für die Gemeinschaft verlangen müssen. Für die Bewegung ist indessen die Fülle der Forderungen, die an sie gestellt werden, keine Belastung. Im Gegenteil. Hier liegt gerade ihre Stärke. Wer nur ein Ziel verfolgt, nur einer besonderen Sache dient, wird nie die Volksmehrheit für diese Sache gewinnen können. Das beweist das Schicksal aller Klassenparteien, vorab der Sozialdemokratie. Sie hat immer nur für eine Klasse, doch nie für die Volksgemeinschaft gekämpft und gerade deshalb nie die Volksmehrheit für ihren sogenannten und von ihr selbst falsch verstandenen „Sozialismus“ gewinnen können. Solange in einer Bewegung nur wirtschaftliche oder nur parteipolitische Belange den Ausschlag geben,

da kommt es im besten Falle zu Streiks, Revolten und Ausschreitungen (1918!) oder gar zu einer Umbildung der Regierung, aber nie zu einer umfassenden geistigen, gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Neugestaltung. Letzteres geschieht erst, wenn eine Bewegung ein Volk in allen seinen Lebensgebieten ergreift. Und das gerade ist heute zum ersten Mal seit 100 Jahren der Fall!

1. Der Klassenkampf.

Unter all den vielen Beweggründen aber ist einer, dem für die Zielsetzung der Bewegung entscheidende Bedeutung zukommt: der Klassenkampf im allerweitesten Sinn.

Der Klassenkampf hat unser Volk zerrissen. Er hat es nicht nur politisch und wirtschaftlich in zahllose kleine Interessentenhäufen aufgespalten, sondern die einzelnen Volksgenossen einander auch menschlich entfremdet. Arbeiter und Bürger stehen sich feindlich gegenüber. Die Kluft zwischen den einzelnen Klassen ist so weit geworden, daß wir von einem einigen, lebendigen Schweizer Volk wohl kaum mehr reden dürfen. Seit Jahrzehnten demonstriert die marxistisch organisierte Arbeiterschaft für die Gemeinschaft des internationalen Proletariats, das sie allein als Gemeinschaft anerkennen will. Und die Vertreter anderer, bürgerlicher Stände, führen das Wort Volk wohl gerne im Munde, beweisen aber durch ihre Tat immer wieder, daß ihnen die Standes- und Privatinteressen doch unendlich viel wichtiger sind. (Schweizer Banken boten im Juli 1933 durch Rundschreiben billige Registermark für Deutschlandreisen ihren Kunden an, die gerne von den Devisenverlusten ihrer Mitbürger profitieren, indem sie sich Auslandsferien leisten, derweil der Bund Millionen für die Unterstützung der notleidenden Hotellerie ausgibt!) Für sie alle ist das Volk ein leerer Begriff, ein Wort ohne Inhalt, ohne Verpflichtung geworden. Mit dem Volke zerfallen aber auch Staat und Wirtschaft.

Der Klassenkampf hat die schweizerische Demokratie handlungsunfähig gemacht. Auf die Dauer hat ein Volksstaat nur Bestand, wenn er von einem einigen Volke oder zum mindesten von einer geschlossenen Mehrheit getragen wird. Demokratie heißt Herrschaft der Mehrheit. In unserm Staatswesen aber gibt es keine herrschende Mehrheit mehr. Die beiden stärksten Parteien, Freisinn und Sozialdemokratie, haben in den letzten Nationalratswahlen noch ungefähr je 28 % aller Wähler hinter sich gebracht. Die vielen andern Gruppen sind noch schwächer. Minderheiten feilschen um fette und magere Brocken. Gelingt es nicht, einen Teil von ihnen durch Zugeständnisse und Versprechungen nach langen Bemühungen endlich auf eine Vorlage zu einigen, so ist ein Entschluß unmöglich. Deshalb erfordert die Vorbereitung eidgenössischer Gesetze oft Jahre und Jahrzehnte und nach ihrer Vollendung hat niemand mehr recht Freude daran. Handelt es sich gar um Ent-

scheidungen, die die finanziellen Interessen der einzelnen Staatsbürger berühren, dann zeigt sich das Ungenügen der gegenwärtigen Ordnung nackt und unverhüllt. Dann wird es auf einmal offenbar, daß die einzelnen politischen Parteien, mit verschwindenden Ausnahmen, im wesentlichen nur noch Klasseninteressen verteidigen. Es gilt das vorzüglich für Stadtekantone wie Zürich, wo der Freisinn die Belange des Handels, der Industrie und der Banken, die Demokraten die Angestellten, die Bauernpartei die Landwirtschaft, die Sozialdemokraten die Gewerkschaften und die Kommunisten die Habenichtse vertreten. Nur allzu leicht wird da die Rücksicht auf die Wähler, auf die Vor- und Nachteile, die ihnen aus der Stellungnahme zu einer Gesetzesvorlage erwachsen, zum letzten und entscheidenden Richtpunkt der sogenannten Volksvertreter. Das zeigt sich heute auch mit aller Deutlichkeit im Bunde. Als sich vor beinahe zwei Jahren die ersten Anzeichen der Wirtschaftskrise bemerkbar machten, rief man nach einem umfassenden Finanzprogramm. Es kam nicht zustande, da man sich auf Opfer und Leistungen nicht so leicht einigen konnte, wie früher auf Subventionen und Bezüge. Man kam lange über Teilvorschläge nicht hinaus und versuchte die notwendigen Opfer jeweils einer einzigen Klasse aufzuerlegen, der die Urheber der betreffenden Vorschläge (Lohnabbauvorlage, Krisensteuerinitiative) nicht angehörten. Erst als diese Projekte sich teils undurchführbar, teils als ungenügend erwiesen, legte der Bundesrat im Juli 1933 ein umfassendes Finanzprogramm vor, das er nun auf dem Wege des dringlichen Bundesbeschlusses, d. h. unter Ausschaltung der verfassungsmäßigen Volksrechte, vor allem der Volksabstimmung, mit Hilfe der bürgerlichen Parteien im Parlamente durchdrücken möchte. Der Bundesrat und die ihm ergebene Presse sprechen von „Notrecht“. Das ist eine Verschleierung. Es handelt sich nicht um einen vorübergehenden Notstand. Es steht schlimmer und wir scheuen uns nicht, die Wahrheit rückhaltlos auszusprechen: Die schweizerische Demokratie ist infolge des Klassenkampfes und der dadurch bedingten Aufsplitterung der Parteien nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten handlungsunfähig geworden. Sie hat ihre Substanz, das Volk, verloren. Gelingt es uns nicht, wiederum ein einiges Volk zu werden und unserem Volksstaate die nötige staatstragende Mehrheit zu geben, so ist er verloren. Es bleiben dann nur noch zwei Möglichkeiten: der Untergang (1798!) oder die Diktatur.

Der Klassenkampf bedroht unsere Volkswirtschaft. Darüber sind wohl nicht viele Worte zu verlieren, da der Klassenkampf ja vor allem als Wirtschaftskampf in Erscheinung tritt. Doch ist die Gefahr heute größer als je, weil die Wirtschaft, im Gegensatz zur Vorkriegszeit, heute weniger Privatwirtschaft und weit mehr Volkswirtschaft ist als damals. Als Marx und Engels vor mehr als 50 Jahren ihre Lehren entwickelten, da sahen sie das Bild des aufstrebenden Kapitalismus, der geleitet von den Gedanken der Freizügigkeit, sowie der Handels- und Gewerbefreiheit fast keine staatlichen und völkischen Grenzen kannte. Der ein-

zelne ungehemmte Wirtschaftler stand durchaus im Vordergrund. Und so erstand bei ihnen, in Anlehnung an die kapitalistische Idee der Weltwirtschaft, der Glaube an das Weltproletariat, an die Vorstellung, daß es im Grunde genommen nur zwei Klassen und nichts anderes mehr auf dieser Erde gäbe, als das große internationale Heer der Ausgebeuteten und die kleinere, ebenfalls internationale Horde der Ausbeuter. Für das Volk als wirtschaftende Gemeinschaft war da kein Raum. Seit dem Weltkriege hat sich dieses Bild der Wirtschaft grundsätzlich gewandelt. Die wirtschaftlichen Ausdehnungsmöglichkeiten sind durch Zollmauern und Handelsverträge beschränkt. Die Auswanderung ist sozusagen unterbunden. Der wirtschaftliche Existenzkampf spielt heute in erster Linie zwischen Völkern und nicht mehr nur zwischen den Klassen. Das kommunistische Rußland geht selbst mit dem Beispiel voran. Es fragt nicht darnach, ob tausende von europäischen Arbeitern brotlos werden, wenn es mit dem Mittel ständiger Preisunterbietung und gesteigerter Ausfuhr (Dumping) die Wirtschaft anderer Länder zu stören sucht. Ja seine Machthaber fragen nicht einmal nach dem Schicksal ihrer eigenen russischen Proleten. Sie mögen verhungern, denn der Machtkampf des Sowjetstaates Rußland ist ihnen wichtiger geworden als das Schicksal einzelner Arbeiter. Handelsverträge, Zollpreferenzen, Devisenzuteilung, Clearing und Kompensationsverkehr sind die wirtschaftlichen Kampf- und Abwehrmittel. Wir können nach gewissen Ländern nur noch dann exportieren, wenn wir uns zugleich verpflichten können, ihnen bestimmte Waren wieder abzunehmen. Man spricht deshalb immer wieder davon, die schweizerische Einfuhr der Ausfuhr und vor allem die schweizerischen Kapitalanlagen im Auslande der Arbeitsbeschaffung für unsere Industrie dienstbar zu machen. Aber die Lösungsversuche stoßen auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten. Warum? Weil das Gesetz selbst uns diese schafft. Der Egoismus des Einzelnen wie das Machtstreben der Klassen und Interessentengruppen werden durch den liberalen Grundsatz der unbeschränkten Handels- und Gewerbefreiheit gewissermaßen heilig gesprochen. Wenn es sich heute darum handelt, eine Kontrolle über den Kapitalexport im Interesse der heimischen Industrie einzurichten, oder die Konsumenten zum Einkauf bestimmter Erzeugnisse des eigenen oder eines fremden Landes anzuhalten, um dadurch die schweizerische Produktion zu fördern, erwächst diesen Bemühungen in Art. 31 der Bundesverfassung das größte Hindernis. Die Opfer, die dem Einzelnen zur Durchführung solcher Maßnahmen auferlegt werden sollen, werden dann mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß solche Bindungen dem „freien Schweizer“ nicht zugemutet werden dürften. So bedroht der Klassen- und Interessentenkampf nicht nur unseren Staat, er bedroht unser Volk auch in einer lebenswichtigen Funktion: in seiner Wirtschaft. Er hindert die Entwicklung einer eigentlichen schweizerischen Volkswirtschaft gerade in dem Augenblicke, da die Durchbildung der nationalen Wirtschaftsorganisation und Wirtschaftssolidarität absolut unerläßlich geworden ist, wenn wir im

internationalen Konkurrenzkampf bestehen wollen. Es geht nicht mehr an, nach liberaler Art Volkssolidarität und Eigennutzen miteinander zu verherrlichen. Es geht aber auch nicht mehr an, nach marxistischer Art ebenso eigennützig nur nach Klasseninteressen zu handeln. Volkswirtschaft ist nur da möglich, wo dem Gemeinnutzen der Vorrang vor allen eigennützigem Bestrebungen eingeräumt wird. Dieser Grundsatz darf jedoch nicht nur in patriotischen Reden verkündet werden. Er muß in einer nationalen Wirtschaftsorganisation auch seinen institutionellen Ausdruck finden. Das ist das Gebot der Stunde. Gehorchen wir ihm nicht, so werden wir uns selbst zerfleischen und von den Wirtschaftsmächten des Auslandes vollends erdrückt.

Die eben geschilderten politischen und wirtschaftlichen Zersezungserscheinungen wären aber nicht möglich gewesen, hätte uns der Klassenkampf nicht auch menschlich auseinandergerissen. Das ist wohl das allerwichtigste. Aber leider wissen noch viel zu wenige darum. Allzu groß ist heute die Schar jener wohlgenährten Bürger, die die Gefahr, die uns von dieser Seite droht, nicht sehen wollen. Immer sind sie bereit, zu beschwichtigen. Sie meinen, „die meisten Arbeiter seien trotz aller marxistischen Verhegung im Herzen doch noch gute Schweizer geblieben; allgemach werde auch die Sozialdemokratie verbürgerlichen und dem allgemeinen Zuge von Links nach Rechts folgen.“ Das sind ihre Ausreden. Erst die Revolte bringt sie zur Besinnung. Die Genferunruhen im November 1932 haben dann gezeigt, wie unangebracht die Hoffnungen auf eine „Verbürgerlichung“ der Marxisten sind und daß unser Volk der Katastrophe näher steht, als viele glauben. Jene allerdings, die schon den Versuch unternommen hatten, Arbeiter, die seit Jahren unter dem Drucke der marxistischen Hege und Propaganda leben, für die nationale Gemeinschaft zu gewinnen, wußten schon früher andern Bescheid. Gerade diese Versuche sind für viele Anhänger der nationalen Bewegung zum entscheidenden Erlebnis geworden. Vor allem die „Nationale Front“ hat es immer und immer wieder unternommen, in die Hochburgen des Marxismus einzudringen. In ausgesprochenen Arbeiterquartieren führte sie Werbeaktionen aller Art durch. Diese Tätigkeit, die nicht allein von jungen nationalgesinnten Arbeitern, sondern auch von ihren Kameraden aus andern Ständen durchgeführt wird, hatte unbestrittenen Erfolg. In zäher Kleinarbeit hat sich die „Nationale Front“ damit in der Arbeiterschaft einen Anhang gewonnen, wie ihn wohl keine andere nationale Gruppe oder gar eine der bestehenden Parteien in der gleichen Lage und unter den gleichen Umständen sich zu schaffen wußte. Bei dieser Gelegenheit haben wir es immer wieder erfahren müssen, wie tief die Wunden sind, die der Klassenkampf in den Volkskörper riß. Es gibt heute zehntausende von Arbeitern, denen ein jeder, der nicht ihrer Klasse angehört und nicht auf die rote Fahne schwört, ein entschiedener Feind und Gegner ist. Sie wollen und können es nicht mehr glauben, daß es noch Volks-

genossen gibt, die nicht dem Arbeiterstande angehören, die Handwerker, Angestellte, Kaufleute oder Intellektuelle sind und dennoch zum Arbeiter halten, weil sie alle Schweizer sind und nichts anderes sein wollen. Volksgemeinschaft und Vaterland sind ihnen lediglich lächerliche kapitalistische Phrasen. Ihr einziger, oft fanatischer Glaube ist die proletarische Weltrevolution. Alle nur denkbaren Verdächtigungen werden von ihnen jenen entgegengehalten, die sie in diesem Glauben erschüttern wollen. „Wer hat Euch für den schnöden Dienst bezahlt, was bringt Euch denn Euer Gerede von der Volksgemeinschaft ein?“ So frugen sie uns.

Solche Erlebnisse haben gerade in der jungen Generation den festen Willen wach gerufen, Klassenkampf und Klassenhege mit allen Mitteln ein Ende zu machen. Dazu aber genügt der Kampf gegen Links, wie ihn das Bürgertum bisher führte, nicht. Es gilt, das Übel mit der Wurzel auszurotten, d. h. mit der liberal-kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die der Nährboden dieses Kampfes war. Das liberale Bürgertum versichert zwar immer wieder, es habe den Klassenkampf nicht gewollt. Das ist wohl richtig, entschuldigt es aber nicht vor der Tatsache, daß dieser Kampf gerade unter seiner Herrschaft sich so ungeheuer verschärft hat. Für die Arbeiterschaft, die sich der wirtschaftlichen Macht des Kapitals nicht einfach ausliefern wollte, war der Kampf unvermeidlich. Das ist die Schuld des Bürgertums, die es außer Stand setzt, den Klassenkampf zu überwinden. Wohl suchte es mit den Mitteln der Sozialpolitik die Wunden zu lindern, die es selber schlug. Aber damit war auf die Dauer nicht zu helfen. Schwerer aber als die Schuld des Bürgertums, das gewissermaßen unbewußt diesen Kampf gefördert hat, scheint uns die Schuld jener zu sein, die unter dem Vorwande, die Ausschaltung des Klassenkampfes in einer sozialistischen Gesellschaft anzustreben, aus dem Klassenkampf ein Geschäft gemacht haben. Das ist die Schuld des Marxismus. Wir denken dabei nicht an die Lehren von Marx als wissenschaftliches System. Wir haben vielmehr jene Geistesrichtung im Auge, die unter Berufung auf Marx von seinen politischen Schülern, von der Sozialdemokratie und den Kommunisten entwickelt worden ist und der wir in den Publikationsorganen und Versammlungen der Linksparteien immer wieder begegnen. Wir meinen damit den Klassenhaß, der von jener Seite seit Jahrzehnten systematisch geschürt und gepredigt wird. Wenn es den Marxisten wirklich um die Gemeinschaft zu tun gewesen wäre, so hätten sie um der utopischen Klassengemeinschaft des Proletariats willen die wirkliche lebendige Gemeinschaft des Volkes nicht opfern dürfen. Daß sie dies taten, war ihr Verrat an den großen Idealen, die in der Arbeiterbewegung, wie in jeder wirklichen Volksbewegung lebendig waren. Dieser Verrat an einem wirklichen Sozialismus oder, wenn man dieses abgebrauchte und heute leider mißverständlich=vieldeutige Wort meiden will, Verrat an der Volksgemeinschaft,

rächt sich heute. Wohl hat sich das Gift des Klassenkampfes, seit Jahrzehnten langsam eingeträufelt, tief ins Mark unseres Volkes eingefressen. Aber das Volk war so gesund, daß die natürliche Reaktion nicht ausblieb. Sie kam in der Form der nationalen Bewegung, mit dem festen Willen, den Volksvergiftern die Strafe werden zu lassen, die diesen Verbrechern gebührt und dem Ziel, aus den alten zerrissenen Klassen und Fronten der Bürger rechts und der Genossen links wieder eine Einheit, eine neue nationale Front der Eidgenossen zu schaffen! (Fortsetzung folgt.)

Französischer Brief.

Von Alfons Pütz, Paris.

Es ist wohl kaum zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß die gesamte innere und ein gutes Stück der französischen Außenpolitik gegenwärtig von dem Schlagwort (und der Tatsache) „L i n k s f a s c i s m u s“ beherrscht wird. Zeichnen wir kühl und sachlich die einzelnen Entwicklungsabschnitte dieses merkwürdigen Gebildes auf.

I.

Seit Jahren schon macht sich in Frankreich wie auch anderswo eine wachsende Parlamentsmüdigkeit bemerkbar, deren Ursachen unschwer zu erkennen sind. An das politische Schaukelspiel der Parteien, wie es in England etwa bis zur Virtuosität ausgebildet ist, konnte man sich in Frankreich nicht gewöhnen; diese Art „Wippe“ zwischen dem Rechtsblock, Linksblock, Rechtsblock und wiederum Linksblock mißfiel zu tiefinnerst dem logischen Geiste des mittleren Franzosen, der an dreißig Jahre radikaler Parteiherrschaft gewöhnt war; er sah die gleichen Männer wie bei einem Karussellspiel immer wiederkommen, hörte die gleichen Versprechen, die nie gehalten wurden; er begriff nicht, daß der Bankrotteur von gestern morgen wiederum der finanzielle Retter sein sollte, und daß ein politisches System, das gestern Schiffbruch erlitten, morgen als Allheilmittel gepriesen wurde. Dazu gesellte sich, von der allgemeinen K r i s i s und ihren Begleiterscheinungen abgesehen, noch ein Anderes: die offenkundige Unzulänglichkeit der gesamten französischen Staatsmaschine, wie sie in den Glanztagen der dritten Republik geschaffen wurde. Die Einrichtungen erwiesen sich als brüchig und morsch, die Verfassung selber paßte auf das moderne politische Leben wie die Faust aufs Auge; dabei gab es keinerlei Revisionsmöglichkeit, denn der Senat als monarchisches Überbleibsel stellte eine unüberwindliche Schwierigkeit dar. Eine verknöcherte, bürokratische Verwaltung stemmte sich machtvoll auch den bestgemeinten Reformbestrebungen entgegen, ver-